

Covid-19: Maßnahmen der Regierung (1. Hilfspaket)

Die russische Regierung beschloss am 16. März 2020 Sofortmaßnahmen zum Schutz der Wirtschaft vor den Auswirkungen der Viruspandemie. Ein 3,6 Milliarden Euro schwerer Krisenfonds soll die Folgen abfedern. (Stand: 17. März 2020)

Von Hans-Jürgen Wittmann, Edda Wolf | Moskau

- ▶ [Steuerstundungen entlasten Tourismus- und Luftverkehrsbranche](#)
- ▶ [Mehr Kredite für Medizintechnik- und Pharmaindustrie](#)
- ▶ [Kleine und mittlere Firmen erhalten Steuerstundungen und vergünstigte Kredite](#)
- ▶ [Deregulierung sorgt für "mehr Luft zum Atmen"](#)
- ▶ [Ausnahmeregelungen sollen Versorgungssicherheit im Handel gewährleisten](#)
- ▶ [Arbeitnehmer erhalten Lohnfortzahlung im Krankheitsfall](#)
- ▶ [Krisenstäbe können operativ weitere Maßnahmen treffen](#)

Die russische Regierung reagiert operativ auf die Ausbreitung des Coronavirus und beschloss am 16. März 2020 die Umsetzung von Sofortmaßnahmen zum Schutz der russischen Wirtschaft. Ein Krisenfonds mit 300 Milliarden Rubel (etwa 3,6 Milliarden Euro, 1 Euro = 83,6 Rubel, EZB-Wechselkurs vom 16.03.2020) soll mögliche wirtschaftliche und soziale Folgen der Krise abmildern - als Teil einer Strategie aus finanziellen Anreizen, Ausgleich von Verlusten und Deregulierung.

Am 17. März präsentierte die Regierung eine Liste der wirtschaftspolitischen, gesetzlichen und administrativen Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Krise. Die Unterstützungsmaßnahmen konzentrieren sich vor allem auf Branchen, die am stärksten von den negativen Folgen der Coronakrise betroffen sind.

Steuerstundungen entlasten Tourismus- und Luftverkehrsbranche

Russlands Regierung hilft Unternehmen vor allem durch eine Entlastung bei Steuern und Abgaben. Firmen aus den Branchen Tourismus und Luftverkehr erhalten Steuerstundungen. In Zukunft kann diese Maßnahme auf andere betroffene Wirtschaftssektoren und Unternehmen ausgeweitet werden.

Reiseveranstalter sind vorübergehend bis Ende des Jahres auch von der Zahlung von Beiträgen an den Reservefonds des Verbands "Turpomosh" und von Beiträgen an persönliche Haftpflichtfonds befreit.

Die russische Zentralbank gibt den Banken die Möglichkeit, mit Kreditnehmern in den Bereichen Verkehr und Tourismus zusammenzuarbeiten (um Kredite zu verleihen oder umzustrukturieren), ohne ihr eigenes Finanz-Rating zu verschlechtern. Die Regierung wird ihrerseits staatliche Garantien zur Umstrukturierung und Verlängerung von Krediten gewähren.

Mehr Kredite für Medizintechnik- und Pharmaindustrie

Auch der Medizintechnik- und Pharmaindustrie werden zusätzliche Kreditmöglichkeiten geboten. Deshalb hat die Zentralbank die Anforderungen an die Banksicherheiten gesenkt. Damit soll den Unternehmen erleichtert werden, eine rasche Ausweitung ihrer Produktion zu finanzieren.

Präsident Putin unterzeichnete am Nachmittag des 17. März einen [Erlass, der den Fernabsatz von rezeptfreien Arzneimitteln](#) [☑](#) (Onlinehandel) erlaubt. Zuvor hatte die Staatsduma in erster Lesung am Vormittag den Gesetzentwurf über den Fernabsatz von rezeptfreien Medikamenten gebilligt. Danach können Quarantänepatienten rezeptfreie Arzneimittel-

COVID-19: MASSNAHMEN DER REGIERUNG (1. HILFSPAKET)

tel über das Internet bestellen und sie per Kurier erhalten. Die Onlinehändler Ozon, Wildberries und Yandex.Lavka sowie die russische Post stehen bereits in den Startlöchern.

Ärzte und medizinisches Personal bekommen Bonuszahlungen für ihre schwere Arbeit während der Krise - je nach Tätigkeit zwischen 25.000 Rubel (rund 300 Euro) und 80.000 Rubel (rund 960 Euro) pro Monat

Kleine und mittlere Firmen erhalten Steuerstundungen und vergünstigte Kredite

Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wird das bestehende Programm für vergünstigte Kredite ausgeweitet: Die Beschränkungen für Arten von Krediten und Industrien werden aufgehoben, und die Höhe der Subventionen steigt. Gleichzeitig wächst das Volumen der Subventionen für Kredite mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren um 1 Prozent. Außerdem erhält die „Agentur zur Entwicklung kleiner und mittelständischer Betriebe“ (MSP) zusätzliche Finanzmittel zur Ausweitung ihrer Unterstützungsmaßnahmen durch die Gewährung von Garantien für beantragte Kredite.

Weiterhin beschloss die Regierung zusammen mit den Regionalbehörden, KMU bei der Entrichtung der Mietzahlungen an staatliche oder kommunale Vermieter einen Aufschub von drei Monaten zu gewähren.

Deregulierung sorgt für "mehr Luft zum Atmen"

Die Regierung reduziert zudem die Anzahl der Kontrollen durch Aufsichtsbehörden, um kleinen und mittelständischen Betrieben das Leben zu erleichtern.

Firmen, die Staatsaufträge ausführen, können bei Nichterfüllung ihrer Leistungen in der Krise „höhere Gewalt“ (force majeure) geltend machen und so Vertragsstrafen entgehen. Ein ähnlicher Ansatz wird in Bezug auf Strafen bei Nichteinhaltung der Devisenkontrollmaßnahmen für Exporte angewendet.

Ausnahmeregelungen sollen Versorgungssicherheit im Handel gewährleisten

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten aufrecht zu erhalten, ist seit dem 17. März 2020 die Einfuhr von Waren des täglichen Bedarfs aus dem Ausland durch Einführung eines „grünen Korridors“ beim Zoll erleichtert. Die Regelungen zum Importverbot von Lebensmitteln aus EU-Ländern (Gegensanktionen) bleiben dabei jedoch in Kraft. Ferner setzte die Regierung den Zollsatz für die Einfuhr von [Arzneimitteln](#) und bestimmten Medizinprodukten ([im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion](#) und [darüber hinausgehend auf nationaler Ebene](#)) auf Null.

Um Lieferengpässen vorzubeugen, werden Beschränkungen bei der Anlieferung von Lebensmitteln an Supermärkte abgeschafft. Einzelhändler erhalten Zugang zu vergünstigten Krediten, um Lagerbestände anlegen zu können.

Arbeitnehmer erhalten Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Die Regierung hat erkannt, dass der wichtigste Faktor für die Gewährleistung einer stabilen Finanzlage der Bevölkerung das Aufrechterhalten der Beschäftigung und die ununterbrochene Zahlung von Löhnen ist. Während der Zwangsferien für viele Wirtschaftszweige vom 30. März bis 11. Mai 2020 müssen die Löhne fortgezahlt werden. Arbeitnehmer erhalten Krankengeld für die Zeit, die sie aufgrund einer bestätigten oder möglichen Infektion mit dem Coronavirus in Quarantäne verbringen - vom Arbeitgeber (als Vorauszahlung für jeweils 5 Tage) oder vom Sozialversicherungsfonds.

Auch Einzelunternehmer und Selbstständige sollen staatliche Unterstützung erhalten. Zur Auszahlung von Arbeitslosengeld werden Finanzmittel im föderalen Budget bereit gestellt. Die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis von Arbeitsmigranten verlängert sich automatisch bis zum 15. Juni 2020.

Im Juli 2020 werden die bereits angekündigten höheren Zahlungen zur Unterstützung von Familien mit Kindern zwischen drei und sieben Jahren anlaufen, die Familien in schwierigen Lebenssituationen unterstützen sollen.

Krisenstäbe können operativ weitere Maßnahmen treffen

Präsident Wladimir Putin richtete am 15. März 2020 eine 19-köpfige Coronavirus-Arbeitsgruppe des Staatsrates unter Leitung des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin ein. Bereits am 14. März 2020 hat die Regierung einen Koordinierungsrat zur Bekämpfung des Coronavirus unter Leitung der Vize-Premierminister Dmitri Grigorenko und Dmitri Tschernyschenko eingesetzt. Seit 5. März 2020 tagt zudem eine Kommission zur Bekämpfung der Auswirkungen des Virus unter der Leitung von Vize-Premierminister Andrej Belousow. Ziel ist die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der russischen Wirtschaft.

Um die wirtschaftliche Situation in Echtzeit im Blick zu haben, nutzt die Regierung ein Online-Monitoring-System. Ihre Hilfsmaßnahmen für Bürger und Wirtschaft stellt die Regierung auf der Internetseite "[StopCoronavirus](#)" und der [Regierungsseite](#) vor. Manche Hilfen können direkt dort beantragt werden.

Dieser Inhalt ist relevant für:

Russland
Coronavirus / Konjunktur
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Edda Wolf

Bereichsleiterin GUS/Südosteuropa

 +49 228 24 993 214

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.